

NETZWERK

SAGR

Rondbrief

SELBSTH



NETZWERK

2' 83

1983

Liebe Freunde,

mit dem neuen Rundbrief laden wir euch wieder zur nächsten Vollversammlung ein. Merkt euch den Termin gleich vor und erscheint möglichst zahlreich. Es liegt, wie ihr der Tagesordnung und dem Rundbrief entnehmen könnt, viel vor.

Termin der VV: 10.06.1983 in der Feuerwache, 20.00 Uhr

Tagesordnung:

1. Anträge

- * Cafe Jonas
- * Saarhexe
- * Projekt Gedächtnis (Überregionale Förderung)
- * Zuschuß zur 2.Europ. Friedenskonferenz in Berlin (Überreg. Förderung)
- * Kinderladen
- * Volkszählungsboykott-Initiative (Feuerwehrfonds)

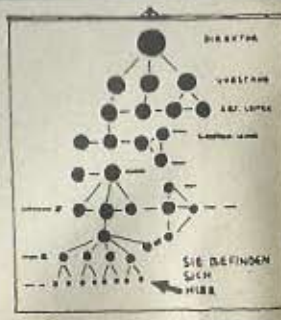
2. Ergänzungswahlen zum Vorstand (Öffentlichkeitsarbeit)

3. Topf Überregionale NETZWERK-Förderung

a. Verschiedenes



Mai



Café Jones
Försterstraße 22
6600 Saarbrücken

29.04.1983

Netzwerk Selbsthilfe
Saar e.V.
6600 Saarbrücken

Liebe Netzwerker/innen

Antrag

Wir bitten um eine zeitliche Verschiebung der Rückzahlung
des Darlehns in Höhe von 10.000,00 DM auf Februar 1984.

Kurze Darstellung

Darlehnschulden Januar 1982	30.350,00 DM
April 1983	<u>23.050,00 DM</u>
Tilgung	7.300,00 DM
	=====

Parallel dazu hatten wir folgende, teilweise außergewöhnliche
Belastungen:

letzte Rate Kaffeemaschine	2.000,00 DM
neue Spülmaschine	3.100,00 DM
Nachforderung Stadtwerke 1981	1.200,00 DM
Bilanzerstellung 1980 und Steuerberaterko.	2.700,00 DM
Renovierung Toaster Kohleofen	550,00 DM
Kühlschrank	80,00 DM
Generalüberholung Kaffeemaschine	<u>1.100,00 DM</u>
	10.730,00 DM
	=====

Die reale Rückzahlung an Altschuldner betrug 13.500,00 DM.
Diese Rückzahlung konnte zum Teil nur durch Umschuldungen
in Höhe von 6.200,00 DM erfolgen.
Da wir eine Umschuldung in Höhe von 5.000,00 DM nur unter
der Bedingung der sofortigen Rückzahlung (ab Mai 1983 in
mtl. Raten von 500,00 DM) vornehmen konnten, gleichzeitig
noch zwei "Altschuldner" Anspruch auf sofortige Rückzahlung
erheben, bitten wir das Netzwerk, die Rückzahlung des
gewährten Darlehns in Höhe von 10.000,00 DM bis Februar 1984
auszusetzen.

Rückzahlungsmodus: ab Februar 1984 in monatl. Raten
in Höhe von mind. 400,00 DM

Netzwerk Saar e. V.
Alte Feuerwache
6600 Saarbrücken

Saarhexe
Metzerstraße 78
6600 Saarbrücken

Saarbrücken 23.3.83

ANTRAG

auf Umwandlung der Gewährungsbedingungen des im November 82 gewährten Darlehens in Höhe von DM 5000.-

Begründung: Obengenanntes Darlehen wurde seinerzeit unter der Bedingung gewährt, daß die SAARHEXE einen Kredit aus dem ERP - Wirtschaftsprogramm erhält.

Nach intensiver Rücksprache in der IHK hat sich herausgestellt, daß die von der SAARHEXE geplanten Investitionen für das Jahr 1983 erheblich unter den - offiziell nicht bekanntgegeben - Summen liegt, die für die Gewährung eines ERP-Kredits vorausgesetzt werden: Je Gesellschafter einer Firma müssen mindestens DM 15.000 im ersten Jahr investiert werden. Das wären im Falle der von der SAARHEXE gegründeten Firma also 30.000 DM an Investitionen im Jahr 1983. Unsere geplanten Investitionen für dieses Jahr gehen aber nicht über 10.000 bis 12.000 DM hinaus.


Situation: Der "SAARHEXEN-Verlag" ist im März 1983 gegründet worden.

Die Ausgaben der Zeitung im Januar/Februar und im März haben die von uns vorgelegten Zahlen von November bestätigt (siehe Rundbrief von Netzwerk Saar 1.83).

Es ist uns sogar gelungen, die Auflage auf 2000 zu steigern, die Zahl der Abonnenten hat sich wesentlich erhöht, dies gilt auch für die Zahl der Kioske. Vor allem ist es uns gelungen, uns über den Saarbrücker Raum hinaus Auslieferungsteilen/Verkaufsstellen zu öffnen.

Zur Zeit verhandeln wir über einen festen Werbevertrag. Voraussetzung dafür ist allerdings eine weitere Verbesserung der Layout-Foto- und Druckqualität. Ein solcher Vertrag kann die Zeitung längerfristig bis langfristig sichern helfen.

In naher Zukunft (Mai) werden zwei weitere Leute ins Redaktionskollektiv eintreten.



Anfallende Anschaffungen:

1. Schreibgerät Speicherschreibmaschine mit internem und externem Speicher, Blocksatz etc.	DM 5.500
2. Reproanlage	DM 4.000 (circa)
3. Fotolabor zur Herstellung der Druckvorlagen, Filme, Fotos etc.	DM 500
4. Fahrzeug für Vertrieb, Einkäufe, Transport-	DM 1.200
	<hr/>
	DM 11.200

Ab April ist eine feste Stelle geschaffen worden. Es bestehen recht günstige Aussichten, dafür einen Zuschuß vom Arbeitsamt zu bekommen.

Finanzierung:

Privatkredit (bereits erhalten)	DM 5.000
Netzwerk	DM 5.000
Gesellschaftereinlagen	DM 600
Stille Teilhaber	DM 700

DM 11.300

Die Herstellungs- und Druckkosten einer Ausgabe tragen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem leichten Plus aus Verkauf und Werbung.

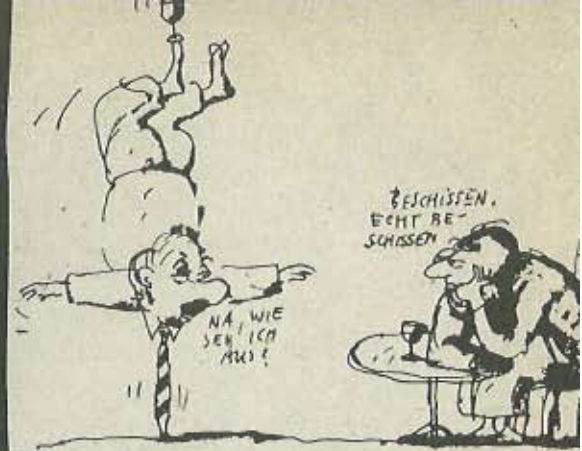
In Werbung und Vertrieb sind aber noch Anstrengungen nötig, um das gegenwärtige Niveau zu halten und auszubauen. Gedacht ist auch an eine mögliche Einkaufs- und Vertriebskooperation mit mit ähnlichen Projekten.

Rückzahlung:
Netzwerk: Monatliche Ratenhöhe DM 400
Beginn: Dez. 1983
Raten: 12 Raten à DM 400
1 Rate à DM 200

Privat: Möglichst ab Herbst 1983
freie Konditionen
Stille Teilhaber: ab 1985 zu 50,25,25%
Verzinsung: 5%
Teilhabe an Gewinn- und Verlust
(siehe Punkt 5 des Gesellschaftsver-
trages)

Sicherheiten: Vom Geber des Privatkredites wurden keine Sicher-
heiten verlangt.
Für Netzwerk: Geräte und Stille Reserven

Bilanzierung: Siehe Gesellschaftsvertrag Punkt 12



Vorlage: Überregionaler Antrag des Projekt "Gedächtnis" aus Ffm (=ID-Nachfolgeprojekt)

Höhe der beantragten Summe: DM 500,- als Zuschuß

Das genannte Projekt will bzw. ist dabei, ein Archiv einzurichten, aus dem Zeitungsprojekte, sofern sie einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag zahlen, Informationen entnehmen können.

Der Antrag beläuft sich insgesamt auf DM 12.700,-, von dem das örtliche NW Frankfurt bereits DM 4.000,- abgedeckt hat.

Mit Schreiben vom 14.3.83 fordert das Projekt die Beiträge der übrigen Netzwerke an, nachdem auf dem Überregionalen NW-Treffen in Ffm, Ende 1982, "Klarheit darüber geschaffen" worden sei, "daß ...eine Überregionale Unterstützung unerlässlich sei".

Olaf und Steffie vom hiesigen NW waren auf diesem Treffen anwesend, können sich an eine derartige Entscheidung aber nicht erinnern.

Unabhängig von einer wie auch immer gearteten Empfehlung existiert kein überregionales NW-Beschlußfassungs-gremium. Zusätzlich wären die NW-Gremien des NW Saar zu einer derartigen Entscheidung satzungsmäßig nicht befugt, weil allein die Mitglieder zu entscheiden haben.

Zur Information: das NW Hamburg hat die Förderung mit der Begründung abgelehnt, weil a) die beantragte Förderungssumme ihrer Meinung nach die Möglichkeiten des lokalen NW Ffm keineswegs überschreitet und b) weil in Hamburg ein derartiges Archiv bisher nicht vermißt worden sei.

Die NW-Gremien vom Netzwerk Saar konnten sich auf ihrer Sitzung vom 29.4. nicht auf eine einheitliche Stellungnahme einigen. Es gab Meinungen, die im Sinne der Hamburger zu entscheiden gedenken, andere jedoch hielten das Projekt für unterstützungswürdig, da damit die lokalen Zeitungsprojekte einer Arbeit entledigt seien, die sie ohnehin nicht leisten könnten, nämlich der einer differenzierten Archivtätigkeit. Teddy verwies zudem darauf, daß das Archiv gut sortiert sei und man eine Menge Information zu einem Stichwort erhalte. Die Stadtzeitung hat bisher einmal zufriedenstellend davon Gebrauch gemacht.

In anbetracht dieser Sachlage hat die Mitgliedervollversammlung über Förderung bzw. Nichtförderung zu entscheiden.

h.g.g.



Eine Flut von Literatur zur Friedensdiskussion



...ist bisher erschienen. Trotzdem fehlt eine übersichtliche und verständliche Zusammenfassung, die nicht bei der Kritik der "Nach"rüstungen stehenbleibt, sondern nach ihren Ursachen fragt. Aus diesem Grunde haben wir eine Broschüre geschrieben. Sie heißt

"NEUE WAFFEN - ALTE ORDNUNG: Ziele und Hintergründe der "Nach"rüstung"

und ist aus der Arbeit einer Friedensinitiative entstanden. Unser Ziel: in kleinen Kriese und in der Öffentlichkeit argumentieren zu können.

Außer um den Nachweis, daß die "Nach"rüstungen der NATO in Wirklichkeit gefährliche Aufrüstungen sind, geht es uns v.a. um die Interessen, die mit der Aufrüstungspolitik verfolgt werden, um die Motive und Triebkräfte, die dahinter stehen.

Wir kommen zu der Auffassung, daß die "Nach"rüstungen

- Bestandteil einer neuen Weltpolitik der NATO-Staaten, insbesondere der USA sind;
- nicht nur den "Ostblock", sondern ganz wesentlich die Dritte Welt betreffen;
- einen Versuch darstellen, Gegensätze politischer, militärstrategischer und wirtschaftlicher Art zwischen USA und Westeuropa zu lösen.

Mit unserer Broschüre wollen wir dazu beitragen, daß in der Friedensbewegung die Diskussion der weltpolitischen und -wirtschaftlichen Zusammenhänge der Militärpolitik beginnt. Das halten wir für dringend notwendig, denn:

1. ist Klarheit über die Ursachen der neuen Aufrüstungswelle die Voraussetzung zur Entwicklung einer angemessenen und erfolgversprechenden Strategie der Friedensbewegung.
2. betrachten wir den Nachweis des weltpolitischen Zusammenhangs als Verpflichtung gegenüber denjenigen, die schon heute Opfer der neuen US-Weltpolitik sind (z.B. in Mittelamerika).
3. erscheint vielen, die wir gewinnen wollen, der Vorwurf, die NATO rüste auf, ungläubwürdig. Um solches Vertrauen zu erschüttern, genügt es nicht, die Tat anzuprangern, es müssen auch die Motive aufgedeckt werden.

* * *

Die o.g. Broschüre wurde von NW Saar mit einem Kredit gefördert. Sie ist von hohem und gebündeltem Informationswert, so daß sich die Lektüre auf jeden Fall lohnt. Im Buchladen SB ist sie vorrätig. Kosten: DM 8,50,-

Protokollführer: Raymund Karg

Diskussionsleiter: Karl-Heinz Huppert

- Tagesordnung:
- Rechenschaftsbericht von Vorstand und Beirat
 - Wahl der Kassenprüfer
 - Entlastung des Vorstandes
 - Neuwahlen
 - Antrag Fahrradladen
 - Diverses

1. Rechenschaftsberichte: die Rechenschaftsberichte von Vorstand und Beirat lagen dem Rundbrief 1-83 bei. Der Vorschlag, auf Grund der negativen Erfahrungen während des letzten Jahres eine neue Arbeitsgruppeneinteilung mit genaueren Aufgabenzuweisungen zu bilden, wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Demnach wird sich der Vorstand zusammensetzen aus der Büro- und Verwaltungsgruppe, sowie der Öffentlichkeitsarbeitsgruppe. Der Beirat hat als Antragsgruppe die Aufgabe, die eingehenden Anträge zu bearbeiten. Genaueres, siehe Rundbrief 1-83.

Der Kontostand beträgt z.Zt. 19 000 DM zuzüglich der 10 000 DM Fuchladenkredit.

2. Wahl der Kassenprüfer: Zu Kassenprüfern wurden einstimmig Birgit und Reinhard Kirch gewählt. Anschließend wurde die Kassenführerin Ulrike Wluder vorbehaltlich der Prüfung einstimmig entlastet.

3. Neuwahlen:

- zur Wahl stellten sich:
- für die Büro- und Verwaltungsgruppe:
 - Ulrike Wluder
 - Olaf Fehlhäber
 - Günther Grever
 - für die Öffentlichkeitsarbeitsgruppe:
 - Karl Heinz Huppert
 - Hannes Mahn
 - für die Antragsgruppe:
 - Klaus Adam
 - Gerd Hoffmann
 - Raymund Karg (PFDIAK)
 - Chris Schrauff (Gasthaus Pingert)
 - Siegfried Achterberg (Fahrradladen)
 - Irward Panroth (Cafe Jonas)
 - Martha Rosenkranz (Cafe Jonas)

Nachdem einstimmig ein bloc-Abstimmung beschlossen wurde, wurden die vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig in den Vorstand (Büro- und Verwaltungsgruppe sowie Öffentlichkeitsarbeitsgruppe) und Beirat (Antragsgruppe) gewählt.

Die Anwesenden nahmen die Wahl sofort an; die durch Krankheit Verhinderten (Klaus Adam, Gerd Hoffmann, Glatz Fehlhaber) nahmen die Wahl nachträglich an. Neben den Gewählten stehen der Antragsgruppe beratend zur Verfügung: Erlend Beth und Angela Maurer.

Bezüglich der Arbeitsweise der Antragsgruppe wird beschlossen, daß Anträge immer von zwei Gruppenmitgliedern zu bearbeiten sind, die darüberhinaus auch für die Nachbearbeitung sowie die Vertragsschließung zuständig sind. Wird die Vergabe eines Kredites beschlossen, so ist dieser erst nach erfolgtem Vertragsschluß auszuzahlen.

4. Antrag Fahrradladen: Der Antrag ist im Rundbrief 1-83 abgedruckt.

Bezüglich der Arbeitsstruktur wurden folgende Punkte hervorgehoben: Kollektiv (Einstimmigkeitsprinzip, absolute Gleichheit bei allen Entscheidungen, jeder soll in gleicher Weise in allen Angelegenheiten gleichermaßen zuständig und kompetent sein), Gelegenheit zur "Selbstreparatur"; es ist geplant, die BGR-Gesellschaft in eine GmbH umzuwandeln; der GmbH-Vertrag sieht folgende Besonderheiten vor: die Zukunftswerkstatt wird stiller Gesellschafter, Einstimmigkeitsprinzip, Beschränkung der Verfügungsmacht über das Gesellschaftsvermögen - dadurch Kontinuität des Unternehmens - Unabhängigkeit von personellen Wechsels; eine Zusammenarbeit findet statt im Rahmen der Zukunftswerkstatt, mit anderen alternativen Gruppen, mit Fahrradläden in der gesamten FRG, im Rahmen von Netzwerk; Finanzielle Situation und Perspektive: der hochgerechnete Umsatz für das erste Geschäftsjahr beträgt 160 000 DM; um wie geplant mindestens zwei Leute zu bezahlen wäre ein Umsatz von mindestens 200 000 DM erforderlich - dies zu erreichen ist nach Ausführung der Antragssteller realistisch.

Dem Antrag des Fahrradladens zur Vergabe eines Kredits in Höhe von insgesamt 5 000 DM sowie eines Zuschusses von 3 000 DM (zur Zweckbestimmung s. Rundbrief 1-83) wird bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Der Kredit von 5 000 DM ist in den Monaten Mai bis September 1984 und 1985 in 10 Raten à 500 DM zurückzuzahlen. Dem Beirat wird aufgegeben mit dem Fahrradladen einen Vertrag auszuarbeiten und eine dingliche Sicherung der Darlehenssumme zu vereinbaren.

Es wird festgestellt, daß bei wirtschaftlich arbeitenden Unternehmungen der Kredit die Regel, der Zuschuß aber die Ausnahme sein soll.

5. Spendenauftrag für Aschu: ein vom Berliner Netzwerk verbreiteter Spendenauftrag für Alexander Schubert wird an die Antragsgruppe weiterdelegiert (Feuerwehrfond).

6. Saarhexe: die Saarhexe teilt mit, daß aus dem angestrebten FRG-Kredit nun doch nichts wird. Es wird klargestellt, daß unter diesen neuen Voraussetzungen der in der vorangegangenen Vollversammlung beschlossene Kredit nicht ausbezahlt werden kann, daß vielmehr ein neuer Antrag erforderlich ist.

7. Frank Schumann beabsichtigt eine Diplomarbeit über alternative Projekte zu schreiben und bittet um Informationen.

Raymond Lay
E. K. K. K. K.

Wie kommt das Geld in die Kollektive?



Nach einem Blick auf das Sparbuch und der Feststellung, daß sich dort doch ein kleines Vermögen angesammelt hat

oder

vor dem Blick in den Wirtschaftsteil auf der Suche nach einer Anlagemöglichkeit für die Erbschaft

oder den abgelösten Bausparvertrag...

oder den Lottogewinn....

...oder....

sollte sich jede(r) mal kurz überlegen, was mit diesem Geld in der Regel geschieht. Über das Engagement von Großbanken oder staatlicher Institutionen (als Herausgeber von Bundesanleihen etc.) bei AKW's, Rüstungsproduktion und anderen kommunalen und industriellen Wahnprojekten braucht wohl nicht viel gesagt zu werden. Auch die Rolle der Banken auf dem Weltmarkt ist hinreichend durchleuchtet. Kurz und gut:

Viel Geld für wenig Sinnvolles!



Darauf sollte ein Nachdenken über mögliche Alternativen folgen:

zurück zum Sparstrumpf?
auf Konsumtrip gehen?

das Geld für nützliche und sinnvolle Dinge - zeitlich befristet - zur Verfügung stellen?

Wer sich für die letzte Alternative entscheidet, wird sich nun fragen, was nützlich und sinnvoll ist.

Nützlich und sinnvoll ist sicherlich die politische, soziale und pädagogische Arbeit vieler Initiativgruppen in dieser Stadt.

Nützlich und sinnvoll ist auch die Arbeit in und von selbstverwalteten Betrieben. Dort geht es nicht darum, Gewinne zu erwirtschaften, sondern ein selbstbestimmtes Arbeiten zu ermöglichen.

Beide Möglichkeiten konkurrieren nicht miteinander, vielmehr bestehen dort unterschiedliche finanzielle Bedürfnisse. Während erstere auf Zuschüsse/Spenden angewiesen sind, benötigen letztere das Geld für den Kauf von Maschinen, zur Vorfinanzierung bestimmter Aufträge u.ä., d.h. sie brauchen das Geld für einen bestimmten Zeitraum - also als Darlehen.

Dafür können wir nun - als Alternativen zum Sparbuch - folgende Varianten anbieten:

1. den KBK (Kollektivbetriebskredit)
2. die KIB (Kollektiv-Investitionsbeteiligung)
3. den LIK (Langfristigen Investitionskredit)

Der KBK (Kollektivbetriebskredit) ist ein ganz normaler Kredit, wobei die Laufzeit und der Zinssatz zwischen dem Kreditgeber und dem Kollektiv ausgehandelt wird. Als Richtsatz empfehlen wir die Inflationsrate bzw. bei Krediten mit längeren Laufzeiten die Habenzinsen bei Sparbüchern.

Die KIB (Kollektiv-Investitionsbeteiligung) ist die Möglichkeit - bei bestimmten Rechtskonstruktionen - sich finanziell am Betrieb, und damit am Gewinn und Verlust, zu beteiligen. Im Falle der Verlustbeteiligung führt das zu Steuerverparnissen beim Beteiligungsgeber. Das Stichwort heißt:

Abschreibungsgesellschaft.



"LESETIPS"

UNSER GELDRAUSCH - neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel, 1983 (3,-DM)

UNTER GEIERN - ein Leitfaden für die Arbeit in selbstverwalteten Betrieben und Projekten, 1982 (12,- DM)

Beide Quellen werden herausgegeben von den STATTwerken Berlin, die erstgenannte in Zusammenarbeit mit der KOLLEKTIV-Leasing-Gesellschaft für selbstverwaltete Betriebe mbH. Sie enthalten viel Information und konkrete Tips in Fragen der Organisation, Finanzierung und Kommunikation.

Der BUCHLADEN Saarbrücken in der Försterstr. hat beides vorrätig. Auch unabhängig davon lohnt sich ein Blick auf das Angebot des BUCHLADENS allemal!





NETZWERK BERLIN
bittet uns, zur Finanzierung der Friedenskonferenz beizutragen, die ja mit Erfolg getagt hat.

Wir versuchen, bis zur VV rauszukriegen, wie die Finanzierung ausgegangen ist.

hah

NETZWERK-SELBSTHILFE e. V. Berlin:

STATIONIERUNG DER PERSHING II UND DER MITTELSTRECKENRAKETEN STEHT BEVOR!!!

Vom 9. bis 15. Mai 1983 findet die 2. Europäische Friedenskonferenz in Berlin statt. Das deutsche Sekretariat hat bei uns einen Antrag gestellt, um die Kosten für die Simultandolmetscher decken zu können. In einem ausführlichen Gespräch mit der Projektbearbeitungsgruppe sind die übrigen Finanzierungsquellen und die Kostenkalkulation für die Veranstaltung durchgesprochen und akzeptiert worden. Das Finanzierungsloch von DM 70.000,- bleibt nach dieser Kalkulation bestehen und läßt sich nicht durch andere Quellen decken.

Der Betrag von DM 70.000,- übersteigt selbstverständlich auch unsere Finanzkraft, so daß wir uns mehrere Wege überlegt haben, um das nötige Geld zusammenzutragen zu können.

1. Der Beirat des Netzwerk Berlin wird baldmöglichst über eine Förderung in Höhe von ca. DM 30.000,- entscheiden. Dieser Betrag wird als Ersteinzahlung in einen Fond eingezahlt, für den kurzfristig ein Sonderkonto eingerichtet wird.
2. Alle Berliner Netzwerk-Mitglieder werden zu einer Spende für dieses Projekt aufgefordert.
3. Über eine Anzeigenaktion in allen Berliner Tageszeitungen (Springer-Presse ausgenommen!) wollen wir das Projekt öffentlich machen und zur Unterstützung aufrufen.
4. Euch wollten wir um folgendes bitten: Die Europäische Friedenskonferenz halten wir nicht nur für einen überregionalen Projektantrag, sondern für international politisch bedeutsam. Wir möchten Euch deshalb auffordern, einen Teil Eurer Mitgliederbeiträge in den Fond einzuzahlen, die Höhe des Beitrages sollte von Euch diskutiert werden.

Diese Aufforderung verschicken wir auch an die Netzwerke in anderen europäischen Ländern. Die Sache ist äußerst dringend, da das Geld bereits ab März benötigt wird.

13

(Ein "Arbeitspapier für die 2. Konferenz für Europäische nukleare Abrüstung in Berlin, Mai 1983" liegt im Buchladen bereit)

Der Kinderladen Brauerstr. stellt einen Antrag auf Zuschuß in Höhe von DM 3.539,-

Mit diesem Betrag soll das Haushaltsdefizit des Kinderladens aus dem Jahre 1982 beglichen werden und die Weiterexistenz des Projektes ermöglicht werden.

Der Kinderladen stellt in Aussicht, daß von den beantragten Geldern ca. 2.300 DM wieder ans NW zurückfließen, wenn die Versicherung den 1981 entstandenen Vandalismusschaden begleicht. 1981 waren dem Kinderladen DM 4.280,- von NW als Zuschuß bewilligt worden, weil durch einen Einbruch etlicher Schaden entstanden war.

Im folgenden wird der Haushalt von 1982 abgedruckt, aus dem sich das Defizit ergibt. Desweiteren hat der Beirat einen Haushaltsplan für 1983 angefordert, um die Gewähr zu haben, daß die Haushaltsdefizite kein Dauerzustand werden. (M. EINLEGERLATT)

Obwohl eine nähere Antragsbegründung durch den Kinderladen vorliegt, werden wir ihn ausnahmsweise nicht im Rundbrief abdrucken. Stattdessen wird er auf der VV vorgetragen werden und näher begründet werden.



14a

VEREIN FÜR PROGRESSIVE JUGENDARBEIT e.V.

Kinderladen

Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 1982

1. Ausgaben

Energie	DM	4308,32
Raum		800,09
Telefon		1034,04
Verwaltung		76,66
Lebensmittel		7423,95
Spielmaterial		463,04
Versicherung		487,82
Unternehmungen		128,50
Sonstiges		628,75
Personal		83040,50
Ausgaben gesamt		<u>98391,67</u>

2. Einnahmen

Elternbeiträge	DM	23530,00
Zuschüsse		62136,00
Nachzahlungen aus 81/82		2200,00
Zusätzliche eigene Aufwendungen		3110,00
Übertrag aus 1981		<u>2697,75</u>
Einnahmen gesamt		<u>93673,75</u>

3. Defizit aus 1982 DM 4717,92

Saarbrücken, den 24. Feb., 1983

14c

Betrifft: Zuschuß für Alexander Schubart von der BI gegen die Startbahn West Frankfurt

Der Beirat hat vor der letzten VV über den Feuerwehrfonds für den Solidaritätsfonds von A. Schubert DM 500,- als Zuschuß bewilligt.

Die Mitgliederversammlung am 4.3.83 hat den Beirat zu einer entsprechenden Entscheidung ermächtigt.

Wir geben hier noch den Aufruf des Komitees für Grundrechte und Demokratie wieder:

AUFRUF

an die Gegner der Startbahn 18 West, an die Ökologiebewegung und an alle Demokraten:

Solidarität mit Alexander Schubart!

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir halten zusammen!

Das Urteil in erster Instanz ist gefällt. Der Staatsschutzsenat am Frankfurter Oberlandesgericht hat Alexander Schubart zwei Jahre Freiheitsstrafe mit Bewährung zugesprochen. Weil Alexander Schubart zu einer Demonstration am Frankfurter Flughafen aufgerufen hatte, unterstellte ihm das Gericht Nötigung eines Verfassungsorgans (der hessischen Landesregierung) und Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall. Alexander Schubart hatte in seinem Aufruf vor der Großkundgebung mit etwa 150.000 Teilnehmern am 14. 11. 1981 in Wiesbaden mehrfach zu einer gewaltfreien Demonstration am Frankfurter Flughafen aufgerufen. Schon zuvor hatte Alexander Schubart bei vielen Versammlungen immer erneut betont, daß die Auseinandersetzung um den Startbahnbau seitens der Startbahngegner strikt gewaltfrei zu führen sei. Das Gericht stellte diesen Sachverhalt auf den Kopf und stempelte Alexander Schubart zum bewußten Nötiger und zum Gewalttäter, mit Hinweis darauf, daß die Demonstration am Flughafen am 15. 11. 1981 nicht gewaltfrei verlaufen ist. Ohne Rücksicht auf dessen ethische Gesinnung verschafften sich die Richter von Alexander Schubart den Eindruck eines ganz gerissenen Agitators, der, indem er zur Gewaltfreiheit aufrief, zur Gewalt ermuntern wollte. Die Schärfe des Urteils läßt die begründete Annahme zu, daß hier ein Racheakt statuiert wurde, weil sich Alexander Schubart herausragend in der Bürgerbewegung gegen den Bau der neuen Startbahn am Rhein-Main-Flughafen exponierte und weil er auch vor Gericht seine Meinung aufrechterhielt, daß der Startbahnbau ein Umweltverbrechen ist, gegen das aktiver, gewaltfreier Widerstand ein legitimes, durch die Grundrechte und die hessische Verfassung gedecktes Mittel darstellt. Zugleich jedoch ist das Urteil gegen Alexander Schubart auch ein Urteil gegen die Demonstrationstfreiheit und

gegen die gesamte Anti-Startbahn-Bürgerbewegung sowie gegen alle potentiellen und aktuellen Demonstrationen (sei es gegen Atomkraftwerke, andere umweltzerstörerische Großprojekte oder die geplante Stationierung neuer Atomraketen). Das Gericht hob deshalb auch die beabsichtigte abschreckende Wirkung des Urteils besonders hervor.

Somit könnte dieses Urteil weit über die Folgen für Alexander Schubart hinaus schlimme Wirkungen haben. Demonstration könnte von nun an potentielle Teilnahme an einer Nötigung heißen. Und wer nötigt, macht sich strafbar. Hier wird rechtlicher Willkür Tür und Tor ge-

Eine ausführliche Dokumentation zum Prozeß in erster Instanz einschließlich Urteilsbegründung erscheint in wenigen Wochen im Buntbuch-Verlag. Preis zirka 15 bis 20 DM. Vorausbestellung: Buntbuch-Verlag, Bartelsstr. 30, 2000 Hamburg 6.

öffnet. So gesehen, standen am Beispiel Alexander Schubart Begriff und Praxis der Demokratie vor Gericht und verloren vor diesem Staatsschutzsenat jämmerlich. Daß Bürger sich im Sinne ihrer Interessen „aktiv und gewaltfrei“ verhalten könnten, daß genau hierin die ideale Eigenschaftskombination jedes Demokraten bestehe, das ist nun gerichtsnotorisch verneint. Aus Demokraten werden Kriminelle, wenn sie sich gegen eine falsch oder gar gefährlich beurteilte Politik aktiv wehren. Dieses Urteil formuliert eine Prämie für Passivität. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Die sozialen Kosten dieses Urteils sind noch schwer zu ermessen. Sie sind in jedem Fall beträchtlich in ihren Auswirkungen auf Rechtsfrieden und Rechtsbewußtsein. Eine schreckliche Justiz reicht einer zynischen Exekutive helfend die Hand.

Aber wir dürfen uns gerade jetzt nicht einschüchtern und auch nicht in die Irre leiten lassen. Auch nicht von einer „mächtigen“ Politik und einer willfährigen Justiz, die sich bedenkenlos über massenweisen demokratischen Bürgerprotest hinwegsetzt, die billig Rache üben, wenn mal nicht nach ihren Pfeifen getanzt wird, die nicht mehr fähig sind, aus Sackgassen, in die sie einmal hineingerannt sind, wieder herauszufinden und denen Kritik, Sorgen und Nöte der Bürger fremd geworden sind.

Die Demonstrationenfreiheit wird nun seit einigen Jahren in sich verstärkender Weise nahezu ringsum angegriffen, in Frage gestellt und massiv einzuschränken versucht. Darauf gibt es für uns nur eine Antwort: Das Grundrecht auf Demonstration und Meinungsfreiheit und der Grundgesetzsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ lassen sich nur schützen, indem diese Rechte dauernd wahrgenommen werden. Nur, indem wir Bürgerinnen und Bürger unsere Grundrechte aktiv in Anspruch nehmen, wird den Einschränkungen widerstanden werden können. Wer nun demonstriert, leistet auch so etwas wie eine Selbstanzeige zugunsten von Alexander Schubart. Wir lassen uns unsere Grund- und Menschenrechte nicht rauben. Wir müssen aktiv und gewaltfrei dazu beitragen, daß sich die beabsichtigten einschüchternden Wirkungen des Schubart-Urteils praktisch aufheben. Nicht ängstlich zuhause bleiben, heißt die Devise, sondern immer zur Stelle sein, wenn es gilt, demonstrierend, protestierend, aufklärend und einwirkend der Zerstörung des Rechtsstaats und unserer Lebensbedingungen entgegenzutreten.

Den Aufruf Solidarität mit Alexander Schubart, dem das Gericht in seiner mündlichen Urteilsbegründung ein „verfehltes Verfassungsverständnis“ vorgeworfen hat, haben inzwischen etwa 16.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben. Der Aufruf wurde in mehreren Zeitungen als Großanzeige gebracht.

Zugleich will Alexander Schubart und wollen wir den Rechtsweg voll ausschöpfen. Revision wurde von Alexander Schubart sofort eingelegt (was übrigens bedeutet, daß dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist). Allerdings kommt jetzt eine Kostenlawine auf Alexander Schubart zu, und so, wie wir bisher gemeinsam gegen den Startbahnbau gestanden sind, sollten wir selbstver-

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie beabsichtigt, einen Rechtshilfe- und Unterstützungsfonds einzurichten, aus dem allen, die wegen sogenannter Demonstrationdelikte straf- oder zivilrechtlich verfolgt werden, geholfen werden soll. Für den Fall, daß aus der Spendenaktion für Alexander Schubart Geld übrig bleibt, wird es diesem Solidaritätsfonds zugeführt.

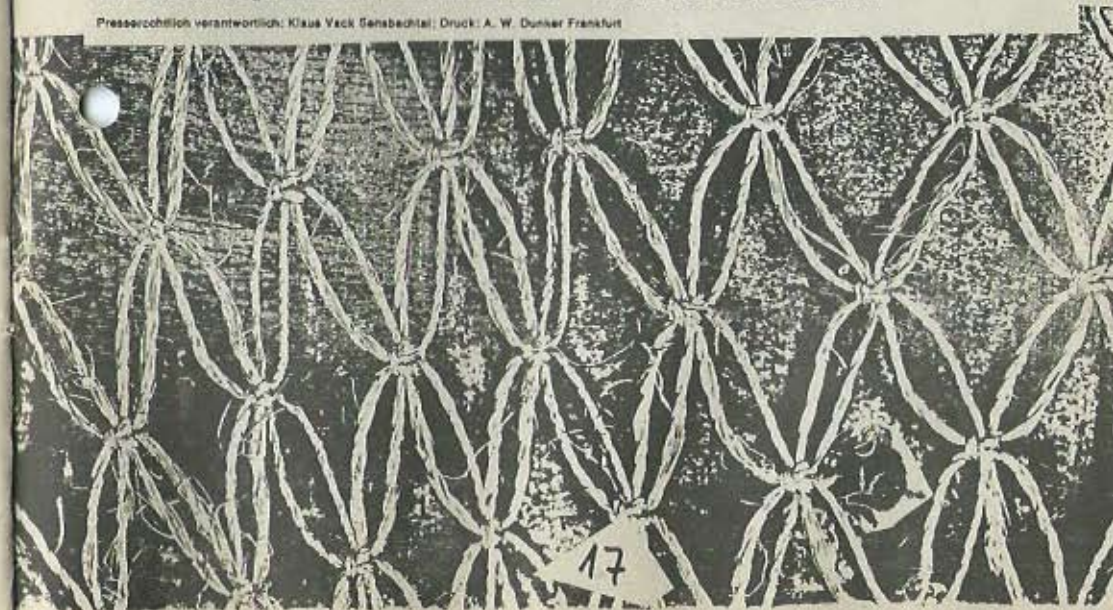
ständig auch gemeinsam für die finanziellen Forderungen stehen, die formalrechtlich Alexander Schubart zu tragen hat. Bis jetzt belaufen sich die Prozeßkosten auf etwa DM 80.000,—. Die enorme Höhe ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesanwaltschaft einen vom Gericht gebilligten Mammutprozeß aufgezogen hat, mit vielen für die „Wahrheitsfindung“ völlig unnötigen Zeugenvereinbarungen. Die Prozeßkosten für die Revision schätzen wir auf DM 30.000,—. Die Revision wird also — da nicht nochmals alles neu ermittelt wird — nicht so teuer wie die erste Instanz. Das Revisionsgericht in Karlsruhe kann Alexander Schubart freisprechen, das Urteil bestätigen oder es wegen Rechtsmängeln an das Frankfurter Oberlandesgericht zurückverweisen (dann an einen anderen Senat). Eventuell verbleibt bei einer Verurteilung die Möglichkeit einer Klage von Alexander Schubart beim Bundesverfassungsgericht. Sollte Alexander Schubart letztlich rechtskräftig verurteilt werden, dann folgen die Zivilprozesse. Allein die Flughafen AG hat bereits Schadensersatzansprüche über rund 44.000 DM geltend gemacht und weitere Beträge können folgen. Eine endgültige Verurteilung Alexander Schubarts würde also neben seiner beruflichen auch seine privat-materielle Existenz auf Leizen ruinieren.

Wir rufen alle auf: Lassen wir nicht nach in unserer Solidarität mit Alexander Schubart. Es darf ihnen nicht gelingen, einen der unseren, einen der sich so unermüdlich für unsere gemeinsame Sache engagiert hat, exemplarisch für uns alle kaputtzumachen. Spendet soviel wie möglich, auch wenn ihr schon gespendet habt.

Mit dem Maßstab der Grund- und Menschenrechte gemessen, hebt sich das Urteil gegen Alexander Schubart selber auf. Aber wir müssen aktiv mithelfen, daß es auch wirklich geschieht.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.
An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

Presseerichtlich verantwortlich: Klaus Vack Sensbachtal; Druck: A. W. Dunkel Frankfurt



Betr. : Topf überregionale Förderung (TUF)

Netzwerk Selbsthilfe Saar sollte sich am TUF nicht beteiligen :

1. Im Frankfurter Vorschlag wird der TUF wie folgt begründet :
" um über die Region hinaus wichtige Projekte zu unterstützen, die nur mit einem großen Betrag - und eventuell nur mit gemeinsamen Sachverstand - weiterkommen, und auch ~~um~~, um Leute zu ermutigen, sich solche Projekte auszudenken und zu verwirklichen. "

Hierbei ist wohl in erster Linie an gewerbliche Projekte gedacht (politische Projekte siehe unten). Wie in der Broschüre "Unser Geldrausch : neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel" herausgegeben von den STATTwerken Berlin schlüssig dargestellt, ist Netzwerk ungeeignet für diese Aufgabe, da einerseits die Mittel erheblich überstiegen werden und andererseits die Kompetenz für die Entscheidungsfindung fehlt. Die alternativen Finanzierungsvorschläge von den STATTwerken, einem Projekt für wirtschaftliche Beratung und Zusammenarbeit, die ausführlich dargestellt sind, sind aus politischer und ökonomischer Sicht wesentlich besser als die Errichtung eines TUF.

2. Die Errichtung eines TUF erscheint zu geschäftsordnungsmäßig. Bei politischen Projekten (Arbeitslosenkongreß, Schubartprozeß), bei denen die überregionale Förderung in Form von Zuschüssen notwendig und sinnvoll ist, genügt Rundruf oder Rundschreiben des jeweiligen lokalen Netzwerkes und eine Förderung kann direkt erfolgen.

3. Die Errichtung eines TUF entspricht der Basisentscheidungsstruktur des Netzwerkes Saar. Alle Förderungen - mit Ausnahme des Feuerwehrfonds - erfolgen durch die Mitgliederversammlung. Der Vergabemodus beim TUF widerspräche dem.

10.4.83

of

BEITRITTSERKLÄRUNG:

Ich trete dem Verein Netzwerk Selbsthilfe Saar
ab bei.

Name

Straße

PLZ. . . . Ort

Telefon /

Beruf

Ich erkläre mich bereit, daß mein Name und Be-
ruf in einem Aufruf des Netzwerks Saar verwen-
det werden dürfen - ja / nein

Mein Beitrag^{*)} beträgt monatlich . . . DM

Ich überweise ihn monatlich

(wenn möglich per vierteljährlich

Dauerauftrag) halbjährlich

auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr.

261 42-660, Sonderkonto Hans Günter Grewer

Datum Unterschrift

Bitte einsenden an: Netzwerk Saar, c/o Hans
Günter Grewer, Im Heimgarten 14, 6600 Saarbrücken 3
- - - - -

*) Der Beitragssatz ist gestaffelt nach dem
Nettoeinkommen, d.h. er beträgt monatlich
für Schüler, Studenten und Arbeitslose
5,-DM, bei einem Einkommen bis 1500 DM =
10,-DM, bis 2500 DM = 20,-DM, über 2500 DM
= 30,-DM und mehr. Gruppen und Projekte
zahlen mindestens 5,-DM und nach oben gibt es
keine Grenze.

Unterwegs zum Leben-

gemeinsam das Leben instandbesetzen
Notwendigkeit und Ansätze einer neuen Kultur
in einer friedlichen Welt

TAGUNG
am 25./26.6.83
in der EWH Landau



mit:

Hans-Eckehard BAHR, Theologe
Christiane DANNEMANN, Pfarrerin
Marianne GRONEMEYER, Soziologin
Anton-Andreas GUHA, Journalist
Josef LEINEN, Vorstandsmitglied BBU
Walter MOSSMANN, Künstler
Hans A. PESTALOZZI, Journalist
Hermann SCHULZ, Verlagsleiter

Veranstalter: EV STUDENTENGEMEINDE LANDAU